

## Die Zerreißprobe um die Ullersdorfer Grundschule

Von Jens Fritzsche  
FRITZSCHE.JENS@DD-V.DE

Der Streit um das drohende Aus der Grundschule Ullersdorf wird immer heftiger: Radebergs Stadtrat hatte vor gut zweieinhalb Wochen entschieden, den Schulstandort ab 2013 von Ullersdorf ins benachbarte Großerkmannsdorf zu verlagern. Hintergrund: In Ullersdorf fehlen aktuell zwei Klassenräume, um alle Kinder aus Großerkmannsdorf und Ullersdorf

aufnehmen zu können. Ursprünglich sollte deshalb in Ullersdorf eine Turnhalle gebaut werden, in der die fehlenden Räume integriert sind. Was der Radeberger Stadtrat damals auch so gebilligt hatte. Aus Kostengründen war das Ganze auf Drängen des Radeberger Oberbürgermeisters Gerhard Lemm (SPD) dann aber auf die Zeit nach 2015 verschoben worden. Was man in Ullersdorf zwar kritisch sah, aber dennoch akzeptiert hatte. Zwischenzeitlich öffnete Sachsen nun



OB Lemm



Ortschef Wieth

aber ein Dorf-Förderprogramm auch für Turnhallenneubauten: Ullersdorfs Ortschaftsrat um Ortsvor-

steher Frank-Peter Wieth (CDU) sah darin die Chance, das Projekt preiswerter und schneller zu bekommen. Statt der notwendigen zwischen drei und vier Millionen Euro, hätte die Turnhalle durch die Fördermittel nur noch gut eine Million Euro städtische Mittel gekostet. Dazu hätte der Stadtrat aber eine Bestandsgarantie für die Schule in Ullersdorf abgeben müssen. Was er nicht tat. Stattdessen nahmen die Fraktionen von SPD, Linken und Freien Wählern das Drängen Ullers-

dorfs zum Anlass, den Schulstandort ab 2013 nach Großerkmannsdorf zu verlagern, wo die Bedingungen besser seien und weniger Geld investiert werden müsse, wie es zur Begründung hieß. Ullersdorfs Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth – gleichzeitig Chef der CDU-Stadtratsfraktion – sieht darin vor allem eine politische Entscheidung gegen seinen Ortsteil. Zudem verweist Ullersdorf auf den Eingemeindungsvertrag. Dort ist die dauerhafte Sicherung des Grundschulstandorts

festgeschrieben. Das sieht der OB anders und erklärte im Stadtrat „Verträge sind nicht für die Ewigkeit gemacht.“ Der Ortsteil Ullersdorf ist nun wild entschlossen, gegen die Stadt und den OB auf Einhaltung des Eingemeindungsvertrags zu klagen.

Die SZ listet nun auf, wie beide Seiten – OB Gerhard Lemm und Ullersdorfs Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth – die Situation und die Stadtratsentscheidung zur Ullersdorfer Schule kommentieren:

**Handelt es sich bei der Entscheidung um eine politische Entscheidung gegen Ullersdorf, wie es die Ullersdorfer empfinden?**

**Lemm:** Wir sind vom Ullersdorfer Ortschaftsrat und der CDU-Stadtratsfraktion durch insgesamt drei Anträge gezwungen worden, uns zwischen den Schulstandorten zu entscheiden. Die Anträge waren darauf angelegt, dass eine Schule aufgegeben werden musste, was ich immer verhindern wollte. Die Ullersdorfer haben ja offen erklärt, eine politische Entscheidung erzwingen zu wollen – wohl weil sie hofften, diese ginge gegen die Großerkmannsdorfer Schule aus.

**Wieth:** Das ist deutlich eine politische Entscheidung! Der OB weiß, der Ortschaftsrat Großerkmannsdorf besteht nur aus Freien Wählern, und die Freien Wähler braucht er für seine Mehrheiten im Stadtrat. In Ullersdorf sitzt mehrheitlich die CDU im Ortschaftsrat; aber die wird sich von Lemm eben nicht auf Linie bringen lassen. Das weiß er. Unser Antrag zur Grundschule Ullersdorf richtete sich nur auf die Chance, drei Millionen Euro Fördermittel einzuwerben und hatte nichts mit dem Ziel zu tun, Erksdorf auf Dauer ohne Schule dastehen zu lassen.

**Ullersdorfs Ortsvorsteher Wieth will auch eine parteipolitische Taktik des OB hinter der Entscheidung im Stadtrat erkannt haben.**

**Lemm:** Hier ist doch leicht erkennbar, dass das Unsinn ist. Parteipolitisch hätte ich mich gerade anders entscheiden müssen. Ich bin Sozialdemokrat, die SPD ist in Großerkmannsdorf nicht im Rat vertreten, aber in Ullersdorf. Der dortige SPD-Rat ist sogar der gewählte Streitvertreter, wird also im Klagefall sogar mein Hauptgegner. Aber es wurde eben nicht parteitaktisch, sondern rein sachorientiert entschieden.

**Wieth:** Für den OB spielt Parteizugehörigkeit im Stadtrat in der Tat eine geringe Rolle – gleichwohl aber die Frage seiner Mehrheiten im Rat. Er hat stets alle Ideen, er hat immer recht, man ist nur für oder gegen ihn. Was auch SPD-Mann Dr. Jürgen Rühmann einst im Stadtrat erfahren musste. Im Ullersdorfer Ortschaftsrat schätzen wir seine Fachkenntnis jedenfalls sehr. Dennoch, Lemm braucht die Freien Wähler im Stadtrat, auch deshalb sein „Ja“ zum Aus für Ullersdorfs Schule.

**Ullersdorfs Ortsvorsteher hat erklärt, die Turnhalle sei ursprünglich gar nicht von Ullersdorf gewollt, sondern vom OB ins Spiel gebracht worden, um das Platzproblem an der Ullersdorfer Schule zu lösen...**

**Lemm:** Das ist Unsinn, das kam direkt vom Ortsvorsteher. Mein Vorschlag war im Gegenteil, nicht wie von Herrn Wieth gewollt, den Gasthof abzureißen, sondern als Haus für Sport und Vereine zu sanieren und dafür auf die neue Halle zu verzichten. Dafür gibt es im Übrigen genug Zeugen. Das ist auch so beraten, aber vom Ortschaftsrat abgelehnt worden, was ich letztlich akzeptiert habe.

**Wieth:** Man darf gespannt sein, wann die Turnhalle wieder die Idee des OB ist, schließlich ist in Radeberg seit Jahren jede gute Idee bekanntlich allein von ihm. Bezüglich der Nutzung und des weiteren Umgangs mit Gasthof und Saal hat der OB schon jede Option vertreten, immer die, die er gerade für opportun hielt. Wenn man unseren Antrag gelesen hätte, wäre aufgefallen, dass wir auch eine zweite Variante vorgesehen haben: Hallenneubau ohne Abriss. Nach intensiver Beratung mit Stadt und Architekten haben wir die Variante Saal-Abriss und Neubau als beste erachtet. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Radeberger Finanzen immer bewusst. Die Variante des OB ist nach Ansicht der Fachleute wenig optimal und die allertuerste.

**Der OB erklärt, es gebe keinen Eingemeindungsvertrag mit Ullersdorf. Was ist denn dann 1998 unterschrieben worden?**

**Lemm:** Ein dreiseitiger Vertrag zwischen Radeberg und den Gemeinden Großerkmannsdorf und Ullersdorf, unterschrieben von allen drei Bürgermeistern. Darin werden beide Gemeinden durch Beibehaltung ihrer Schule gleichgestellt. Das haben wir eingehalten, bis uns das per Bescheid des Kultusministeriums untersagt wurde und die Mittelschulaußenstelle in Großerkmannsdorf geschlossen werden musste.

**Wieth:** Der Vertrag legt klar den Grundschulstandort für Ullersdorf





**In der öffentlichen Wahrnehmung scheint das Thema Geld der Dreh- und Angelpunkt des Streits zu sein: Warum sind im Stadtrat keine konkreten Kosten für die Ertüchtigung der Schule Großerkmannsdorf vorgelegt worden, sondern nur die Kosten für den Ausbau der Ullersdorfer Schule, was von Ullersdorf kritisiert wurde?**

**Lemm:** Es war keineswegs so, dass die Stadt des Geldes wegen eine Schule schließen wollte, wir wollten beide erhalten. Das Geld spielte nur insoweit eine Rolle, dass wir, wenn schon eine Schule aufzugeben war, dies die Schule mit den schlechteren Raumbedingungen und dem höheren Investitionsbedarf sein sollte. In Ullersdorf konkret etwa vier Millionen Euro. Großerkmannsdorfer Zahlen wurden nicht vorgelegt, weil es aktuell keinen zeitnahen Investitionsbedarf gibt. Es gibt hier nur normalen Unterhaltungsaufwand, der in jedem Altbau, auch in Ullersdorf, über die Jahre geleistet wurde und wird. In der Ullersdorfer Schule bislang eine halbe Million Euro, in Großerkmannsdorf ähnlich.

**Wieth:** Richtig ist, dass die Frage des Geldes durch den OB im Stadtrat in den Vordergrund gerückt wurde, um das Ziel – die Verlagerung der Grundschule Ullersdorf nach Großerkmannsdorf – öffentlich erklärbar zu gestalten. Vertragsbruch, verspieltes Vertrauen, klingen einfach schlechter. Es wäre dennoch fair gewesen, den Versuch zu unternehmen, auch die für Großerkmannsdorf anstehenden Kosten zu beziffern; auch dort muss investiert werden, wenn die Schule umzieht!

**Wenn in Großerkmannsdorf kein Investitionsbedarf besteht, warum sind dann im vor anderthalb Jahren vom Stadtrat abgesegneten Förderprogramm für die Großerkmannsdorfer Ortsmitte, Investitionen in das Erksdorfer Schulgebäude eingeplant?**

**Lemm:** Weil man richtigerweise versucht, auch für den Unterhaltungsaufwand Fördermittel zu bekommen. Da hat sich Großerkmannsdorf immer schon geschickter verhalten als andere, die stets nur von der Stadt Geld fordern. Das jetzt als Argument gegen Großerkmannsdorf zu verwenden, ist sachlich falsch und schlicht unanständig.

**Wieth:** Unsere Frage im Stadtrat nach den Kosten, die bei der Verlagerung entstehen, ist keineswegs gegen Großerkmannsdorf gerichtet gewesen. Wir wollten, dass der Stadtrat bei seiner Entscheidung alle Fakten kennt. Im Übrigen, als Ullersdorf jetzt versuchen wollte, auf Fördermittel für die Turnhalle zuzugreifen, hat Lemm alles getan, um das zu verhindern. Dass Ullersdorf dieser Versuch durch die Schulschließung jetzt als politisches Eigentor attestiert wird – ist unsachlich!

**Der Vorwurf aus Ullersdorf steht im Raum, Lemm soll schon 2008 gemeinsam mit Großerkmannsdorfs Ortsvorsteher Hauck zur Schulbehörde gefahren sein, um eine Schulverlagerung zu erreichen.**

**Lemm:** Das ist schlicht falsch. Ich wurde mit dem Hinweis, es ginge um die Großerkmannsdorfer Schule, damals vorgeladen. Logisch habe ich den Ortsvorsteher mitgenommen. Als klar wurde, dass es um die bis heute vom Kultusministerium gewünschte Verlagerung ging, habe ich sofort Herrn Wieth informiert. Im Grunde dasselbe, was letzten Dezember wieder passiert ist. Nur war damals Ullersdorf noch kompromissbereit, deshalb konnten wir gemeinsam eine Lösung finden.

**Wieth:** Egal wie OB Lemm die gesamte Tragödie des Vertragsbruchs aus seiner Sicht beurteilt, steht fest: Kaum war klar, dass die Ullersdorfer Schule so gut besucht ist, dass es ein Platzproblem gibt, ist er mit Ortsvorsteher Hauck zur Schulbehörde gefahren – zurück kamen sie mit der Entscheidung, den Grundschulstandort nach Großerkmannsdorf zu verlagern. Im Nachgang konnte ich dann im Kultusministerium den Kompromiss erzielen, zunächst Klassen nach Großerkmannsdorf auszulagern und in der Zwischenzeit das Platzproblem zu lösen.

**Wenn im Vertrag die Sicherung des Mittelschulstandorts Großerkmannsdorf und des Grundschulstandorts in Ullersdorf steht, jetzt aber dem Ortsteil Großerkmannsdorf die Grundschule „gegeben“ wird – fühlt sich dann Ullersdorf nicht zu recht benachteiligt?**

**Lemm:** Da trotz meiner Warnung von Ullersdorf eine Entscheidung gegeneinander erzwungen wurde, musste es einen Benachteiligten geben. Dabei war Ullersdorf offensichtlich benachteiligt, aber nicht durch die Stadt. Sondern weil Großerkmannsdorf schon als eigenständige Gemeinde stärker in die Sicherung seiner Schule investiert hatte.

**Wieth:** Der Wegfall der Mittelschulaußenstelle Großerkmannsdorf war Auslöser für das Begehren Großerkmannsdorfs, Standort für die Grundschule zu werden. Der OB hätte sich hier auf den Standpunkt stellen müssen, dass Verträge eingehalten werden müssen. Von dieser Prämisse ausgehend, hätte er nach Lösungen suchen müssen. Aber es ging ihm immer nur um die zeitliche Verschiebung der Entscheidung zur Verlagerung des Grundschulstandorts nach Großerkmannsdorf.

**Ortsvorsteher Wieth wirft dem OB vor, er habe das Thema ursprünglich bis nach den Stadtratswahlen 2014 und der OB-Wahl 2015 aussitzen wollen.**

**Lemm:** Dass das Blödsinn ist, kann man doch an fünf Fingern abzählen. Nach der Laufzeit der Ausnahmegenehmigung für die Grundschulaußenstelle in Großerkmannsdorf wäre das Thema doch genau in die Wahlkampfzeit gefallen. Daran kann ich politisch gewiss kein Interesse haben. Ich hätte es trotzdem in Kauf genommen, um Zeit für eine Lösung für beide Schulen zu suchen. Und jetzt versuchen ausgerechnet diejenigen, deren – vorsichtig ausgedrückt – Ungeschicklichkeit die eigene Schule massiv gefährdet, daraus auch noch politisch Kapital zu schlagen.

**Wieth:** Ich bleibe bei meiner These: Es ging dem OB um eine Verlängerung der Grundschul-Außenstellenlösung in Großerkmannsdorf über 2015 hinaus, weil das sichergestellt hätte, dass dieses Thema im Wahlkampf keine Rolle gespielt hätte. Danach wäre die Entscheidung so gefallen wie jetzt. Lemm hat mit Ja für Großerkmannsdorf gestimmt.

**Gibt es noch eine Chance, beide Schulstandorte zu retten, um wieder Frieden zwischen beiden Ortsteilen einkehren zu lassen?**

**Lemm:** Das ist deutlich schwieriger geworden. Herr Wieth hat mit seinen Angriffen gegen Großerkmannsdorf und die Mehrzahl seiner Stadtratskollegen viel Porzellan zerschlagen. Ob ich das kitten kann, weiß ich nicht. Es bleibt bei dem, was ich immer gesagt habe: Eine gute Lösung geht nur miteinander und nicht, wenn Ort gegen Ort steht.

**Wieth:** Es wäre die Aufgabe des OB gewesen, dieses Problem nicht zu dem zu machen, zu dem er es durch Wortbruch gemacht hat. Für das Ansinnen von Großerkmannsdorf, einen eigenen Grundschulstandort zu haben, hatten die Ullersdorfer immer Verständnis. Wir stehen und standen immer für Lösungen bereit, die beiden Ortsteilen gerecht werden. Aber eines muss klar sein: Verträge bricht man nicht!

**Beliebter Schleichweg am Bahnhof gesperrt - Pendlerparkplatz wird gebaut**

